

In Hamburg geht es darum, ob Christdemokraten und Grünalternative gemeinsam Stadt und Staat machen können

# Mehr als ein Tauschgeschäft?

Von Gerd Held

Seit Montag wird in Hamburg verhandelt. Noch hat der Stadtstaat keine schwarz-grüne Stadtregierung, aber was vor ein paar Wochen noch als beinahe undenkbar galt, ist nun ein großes Stück näher gerückt. Sowohl auf Seiten der CDU als auch auf Seiten der Grün-Alternativen Liste (GAL) haben klare Mehrheiten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gestimmt. Das liegt sicher daran, die CDU in den Sondierungsgesprächen der GAL in einigen Punkten sehr weit entgegengekommen ist. Auf der entscheidenden Mitgliederversammlung der GAL Anfang März im großen Saal der Handwerkskammer hatten so die Befürworter der Koalition gerade im Konkreten gute Argumente. Man könne jetzt etwas durchsetzen, was bisher undenkbar erschien, sagte Wilfried Maier, der in der früheren Koalition mit der SPD für die GAL Senator gewesen war. Demgegenüber fiel auf, dass die Koalitionsgegner ihre Argumente im Prinzipien suchten. Die GAL würde „ihre Seele verkaufen“, hieß es immer wieder.

Solche Argumente kann man mit Pragmatismus abfertigen. Politik ist ein Kompromissgeschäft, bei dem etwas „unterm Strich“ herauskommen muss. Das ist ganz richtig, aber es ist auch ein bisschen kurz gedacht. Denn die Gefahr ist groß, dass der Pragmatismus letztlich doch als Machtpolitik erscheint. Es könnte behauptet werden, den Grünalternativen ging es nur um Zugang zur Macht – und der CDU nur um Machterhalt. Diese Gefahr ist auch deshalb groß, weil viele Dinge, die in einem Koalitionsvertrag stehen, in der kommenden Amtsperiode gar nicht realisiert werden können, sondern nur auf den Weg gebracht werden können. Projekte wie die Elbvertiefung, die Neuaufstellung der Energiever-

sorgung oder die Stadtbahn sind dicke Bretter, die nur langsam gebohrt werden können. Der Zauber des Anfangs, der Schwarzgrün vielleicht innewohnt, wird verblassen. Spätestens dann wird es darauf ankommen, ob CDU und GAL so etwas wie eine gemeinsame Perspektive bieten können. Eine Koalition ist kein Gemischtwarenladen, in dem der Kunde seine Einzelanliegen abholt. Sie muss eine gewisse Idee des Ganzen von Stadt und Staat vertreten, in der die Bürger sich zu Hause fühlen können. Eine Koalition muss in einem gewissen Grade „Heimat“ bieten. Wenn jede Partei nur das ihre abholt, kommt es ganz zwangsläufig zu einem ständigen Gezerre. Alles wird Taktik, ein gemeinsames Projekt ist nicht mehr erkennbar und dieser unsichere Geist überträgt sich auf die Stadt.

Insofern sollten sich Christliche Demokraten und Grünalternative schon überlegen, ob sie in dieser Verbindung tatsächlich „ihre Seele verkaufen“ oder ob sie an ihrer Seele neue Seiten entdecken. Die Milieus der beiden Parteien müssen dafür ja nicht gleich sein. Im Gegenteil: Gerade dann, wenn die Milieus ein Stückweit auseinander liegen und doch in einem gemeinsamen Geist handeln, wirken sie als Vorbild für die ganze Bürgerschaft. Zur Definition einer Großstadt gehört, dass hier einander fremde Sozialgruppen eng zusammenleben. Warum sollte da ein – zugegeben kühner – politischer Brückenschlag von vornherein Teufelswerk sein?

Worin könnte das gemeinsame Motiv einer schwarz-grünen Koalition bestehen? Zunächst könnte es schon darin liegen, dass die beiden Parteien nicht so weitermachen können wie bisher. Auch die

grüne Seele ist nicht so gesund, wie sie sich gerne gibt. In der Beziehung mit der SPD haben die Grünen den Ruf bekommen, eine Partei gemüthlicher Projekte und recht gut situiertes Klientele zu sein. Das galt besonders dort, wo sie in traditionelle SPD-Hochburgen eingestiegen sind. So hat in Nordrhein-Westfalen der rote Filz sehr schnell auf die Grünen übergegriffen und sie ein Gutteil ihrer Seele gekostet. Dass sie mit der Umweltpolitik für eine große Herausforderung der Bürgerschaft einstehen, diesen Ruf müssen die Grünen erst wieder erwerben. Mit Bündnissen auf der linken Seite ist diese Bringschuld immer weniger zu erfüllen, seit hier mit der Linkspartei ein Unternehmen agiert, das keine Herausforderungen kennt sondern nur Forderungen. Es ist ein Forderungsparasit, der überall die Gewerkschaften und die Bürgerinitiativen abklappert und sich die Forderungen herauskopiert. Diese werden dann „radikal“ zur eigenen Sache erklärt, um sich als die eigentliche Sozial- und Umweltpartei zu präsentieren. Die Schäden bei der SPD sind schon zu besichtigen, die Grünen aber sind noch existenzieller bedroht. Würde die GAL in Hamburg eine rot-rot-grüne Umverteilungskoalition eingehen, bliebe sie als erste auf der Strecke.

Das bedeutet, dass die Grünen ihre Moral nur in einer Leistungskoalition zur Geltung bringen können. Automatisch ist das auch eine Koalition mit der CDU nicht. Wenn die Geschäftsgrundlage darin bestehen würde, dass eine wirtschaftsnahe CDU das Geld besorgt, das die GAL dann verbraucherfreundlich ausgibt, würde das nicht nur die CDU beschädigen, sondern auch die GAL. Aber so muss es auch nicht ausgehen und dafür gibt es einen besonderen Grund: die Stadt Hamburg. Hamburg ist eine internationale Hafenmetropole, die von der freien Bewegung von Waren, Kapitalien und Arbeitskräften lebt. In so einer Stadt liegen Globalisierung und Alltag eng beieinander. Hier kann man nicht so leicht zwischen bösen Weltunternehmen und guten Stadtteilen trennen. Das Geld, das für eine Quartierssanierung oder für besse-

ren Schulunterricht gebraucht wird, muss gleich nebenan im Import/Export verdient werden. In Hamburg klingt die gängige Globalisierungskritik schief. Hier sind schon die Hafenkranen und das Elbwasser „neoliberal“.

**I**n Hamburg können die Grünen ihren Frieden mit einem Großprojekt namens „Weltstadt“ schließen. Deshalb ist die Frage der Elbvertiefung tatsächlich der Knackpunkt einer tragfähigen schwarzgrünen Koalition. Es geht um eine Orientierungsentscheidung: In einer größeren Welt kann die Identität Hamburgs nur gewahrt werden, wenn das „Tor zur Welt“ ganz handfest ausgebaut wird. Sonst beginnt der Weg aufs Altenteil, wie ihn historische Hafenstädte nur allzu oft gegangen sind. Die Grünalternativen sollten diese Frage ruhig prinzipiell und mit ihren eigenen, ökologischen Maßstäben diskutieren. Ist der Welthandel nicht eine Steigerung der Tragfähigkeit unseres Planeten, indem er Stoffe und Arbeit besser verteilt und die Orte dieser Welt insgesamt besser auslastet? Und ist nicht eine kleine Zahl wachsender Hafenmetropolen sparsamer als eine Dezentralisierung der Wachstumsraten? Auch die sprichwörtliche Toleranz von Hafenstädten könnte für die Grünalternativen ein Grund sein, sich kulturell ein wachsendes Hamburg auf ihre Fahnen zu schreiben. Die Hamburger „große Freiheit“ entspringt schließlich nicht in den kleinen Kreisläufen der Wohnquartiere, sondern an den Überseebrücken der Stadt.

Die Zustimmung der GAL zur Elbvertiefung darf also nicht nur taktisch sein. Es würde ihr nicht helfen, wenn sie sich die Verhinderung des Kohlekraftwerks Moorburg gutschreibt und die Elbvertiefung nur als CDU-Projekt hinnehmen würde. Es geht um ein „Ja“ aus eigener Seele. Wenn die GAL aus eigenen, wohlwollenden Gründen ein „Hamburg wächst und das ist gut so“ sagen könnte, wäre wirklich eine gemeinsame, schwarzgrüne Basis gefunden. Im Tagesgeschäft wird es immer wieder zu Entscheidungen kommen, die große Eingriffe und Zumutungen an einzelne

Bürgergruppen bedeuten. Nur wenn die Grünalternativen das mit ihrer eigenen Pfiffigkeit mittragen, werden sie sich als die „Großstadtpartei“, die sie sein wollen, profilieren können. Die Chance ist im Stadtstaat Hamburg sogar besonders groß, da sich die Stadt viel stärker selbst regiert als München, Frankfurt oder Hannover.

**D**iese hohe politische Eigenverantwortung der Hansestadt bringt es aber auch mit sich, dass eine schwarzgrüne Koalition Gemeinsamkeiten in der Bildungs- und Sicherheitspolitik finden muss. Das ist zunächst einmal fast ein Ding der Unmöglichkeit. Es steht zu befürchten, dass die GAL sich nicht von dem Luxus abbringen lässt, die Studiengebühren wieder abzuschaffen und den Strafvollzug für jugendliche Intensivtäter zu mildern (oder manche Täter in anderen Bundesländern unterzubringen). Hier käme es darauf an, ob es in der schwarzgrünen Koalition zumindest so etwas wie einen „Geist des Lernens“ gibt. Dann könnte, wenn die Förderpolitik bei Bildung und Sicherheit zu gravierenden Fehlentwicklungen führt, das Ruder herumgeworfen werden. Die CDU kann erst einmal großzügig sein, denn sie weiß, dass die Zeit eigentlich für ihre Konzepte läuft. Eine Zukunft, in der Sicherheitsprobleme in der S-Bahn oder Leistungsprobleme im Schul- und Hochschulwesen sich auf die alte, rotgrüne Art entschärfen, wird mit jedem Tag unwahrscheinlicher. Die GAL wird also, wenn sie großstädtisch bleiben und nicht zur Schöner-Wohnen-Privatpartei werden will, bei Bildung und Sicherheit früher oder später nachdenklich werden. Die CDU kann auf diesen Feldern offen ihre Position zeigen, aber sie muss

den Koalitionspartner nicht drängeln oder manipulieren. Es kann daher auch einen Koalitionsvertrag geben, der nicht jedes Detail festlegt und damit verrät, dass sich die beiden Partner im Grunde nicht über den Weg trauen. In Hamburg erinnert man sich noch an das Monstrum des 95seitigen Koalitionsvertrags, der 1997 zwischen SPD und GAL geschlossen wurde. Den gegenseitigen Respekt der Partner hat das nicht gefördert.

Natürlich kann man auch Gründe dafür anführen, dass die Verbindung von schwarz und grün einfach nicht gut gehen kann. Die Grünen sind gewiss ein Kind der Sozialdemokratie. Doch sie sind es auch nur zur Hälfte. Es gibt ebenso eine recht bürgerliche Seelenhälfte, die von der Verantwortung für ein größeres Ganzes ausgeht und die besonders mit dem Umweltthema verbunden ist. In einer exponierten Weltstadt wie Hamburg ist diese Seite heute ganz neu gefordert. Vielleicht ist es noch zu früh für die Erkenntnis der Grünen, dass sich die Rezepte ihrer linken Phase, die bis zu den 68ern zurückreicht, spürbar erschöpfen. Vielleicht gibt es auch zu viel Aufschwung, zu viel Umverteilungsmasse und zu wenig Ernst in der Lagebeurteilung ihrer Stadt. Aber das ist auch ein Problem der Hamburger CDU, deren viel beschwoenerer hanseatischer Liberalismus bisweilen auch an der falschen Stelle die Spendierhosen anhat. Auch die CDU hat die bürgerliche Verantwortungs- und Leistungsethik ja nicht gepachtet. Aber aus diesen Gefahren könnte man noch ein Argument für Schwarzgrün gewinnen – dass hier nämlich eine Kultur des gegenseitigen Anstoßens zum größeren Einsatz für die Stadt entsteht.

*(Manuskript vom 20.3.2008, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 25.3.2008 unter der Überschrift „Eine Koalition mit Seele“)*